

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

49. Jahrgang.

Dienstag, den 3. Juni

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: Die  
kleinspaltige Zeile 12 Pf. In  
amtlichen Theile die besondere  
Zeile 30 Pf.

N 64.

1902.

Die früher zu dem Hundshäbler Staatsforstrevier gehörig gewesene zwischen der Mulde und der Aue-Adorfer Staatseisenbahn gelegene **Wiesenparzelle Nr. 767** des Flurbuchs für Bockau ist nebst der angrenzenden Hälfte des Muldenbettes mit dem **Standesamtsbezirk Bockau vereinigt** worden.  
Schwarzenberg, den 29. Mai 1902.

**Königliche Amtshauptmannschaft.**

J. B.: Dr. Jani, Bezirksassessor.

576 A.

R.

### Friede in Südafrika!

Das blutige Ringen im Süden des schwarzen Erdtheiles ist zu Ende. Die Uebergabe-Bedingungen sind von beiden Parteien am Sonnabend Abend unterzeichnet worden. Welches die Bedingungen sind, unter denen der Friede zu Stande gekommen, ist uns z. Zt. noch nicht bekannt, doch darf wohl erwartet werden, daß dieselben für das der Uebermacht unterlegene wätere kleine Burenvölkchen nicht unehrenhaft sind. Das von ihnen gegebene Beispiel heldenhafter Vaterlandsliebe wird stets ein leuchtendes Merkzeichen in der Weltgeschichte bilden. — Das uns zugegangene hierauf bezügliche Telegramm lautet:

**London, 1. Juni.** Lord Rithener telegraphirt aus Pretoria vom 31. Mai: Das Schriftstück, welches die Bedingungen der Uebergabe enthält, ist heute Abend 10<sup>1/2</sup> Uhr von allen Burendelegirten, Lord Milner und Lord Rithener unterzeichnet worden.

### Nach der Entscheidung.

Unsere „Steuerreform“ ist unter Dach; nachdem die Erste Kammer einstimmig den bereits mitgetheilten Vereinigungsbeschlüssen beigetreten ist, hat die Zweite Kammer am Freitag ebenfalls mit 51 gegen 27 Stimmen zu den Beschlüssen Ja und Amen gesagt. Das heißt: Die 51 dafür votirenden Herren — lauter Konservative — haben die Vorlage im Schreine ihres Herzens abgelehnt und nur, um etwas zu Stande kommen zu lassen, für die Vorschläge gestimmt. Die national-liberale Fraktion hat geschlossen gegen die Annahme gestimmt und ihr gekellert sich einige Konservative und ein Liberaler zu. Vier Abgeordnete fehlten.

Die Debatte bewegte sich in der Hauptsache um den § 16 des Ergänzungsteuergesetzes, durch welchen das landwirtschaftliche Anlage- und Betriebskapital von der Ergänzungsteuer ausgenommen wird. Diese durch nichts zu rechtfertigende, einseitige die Landwirtschaft begünstigende Bestimmung wurde zunächst durch eine Erklärung der Nationalliberalen als eine Ungerechtheit und ein grober politischer Fehler seltgelegt. Dann aber traten auch der Abgeordnete Stödel Namens der nichtagrarischen Konservativen und die Abgeordneten Hähnel, Behrens, Pitz, Schubart und André, der Vorsitzende des „Bundes der Landwirthe“ — dieser freilich nur mit süßsaurer Miene — Namens der in der Zweiten Kammer sitzenden Landwirthe gegen die den Landwirthen selbst keineswegs erwünschte Bevorzugung auf. Einzig und allein der konf. Abg. Weigert, in seinem bürgerlichen Berufe Gemeindevorstand in Löttau, billigte die Befreiung des landwirtschaftlichen Betriebskapitals von der Steuer, erzielte aber mit seinen Ausführungen nur Heiterkeit und ein immer leerer werdendes Haus, sodaß ihm schließlich vom Präsidium aus die Mahnung zu Theil wurde, zur Sache zu sprechen.

Die konservativen Landwirthe haben aber trotz inneren Widerstrebens für die Vorlage gestimmt, zumeist aus den Gründen, wie sie der Abg. Stödel formulirte. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Abgeordneten Oekonomieraths Schubart, des Vorsitzenden des Landwirtschaftlichen Kreisvereins im Erzgebirge, der Folgendes bemerkte: „Er halte die Grundsteuer als Vermögenssteuer für das Richtige. Die Vorrechte des Grundbesitzes kämen der Allgemeinheit zu Gute, weil durch sie die staatliche Ordnung aufrecht erhalten werde. Was die Befreiung des landwirtschaftlichen Betriebskapitals anlangt, so erklärte er, daß er nicht für diese Befreiung sei. Es stehe fest, daß man es im Lande als ungerecht finden wird, wenn diese Befreiung eintritt. Die Landwirthe würden überall und immer wieder diesen Vorwurf zu hören bekommen, und deshalb seien sie verpflichtet, ihn mit aller Entschiedenheit hier schon jetzt zurückzuweisen. (Zustimmung.) Wenn Betriebskapitalien bei der Landwirtschaft analog denen beim Gewerbe bis zu 10 000 M. von der Vermögenssteuer freigelassen würden, seien die sämtlichen kleinen Landwirthe frei. Die großen Landwirthe möchten und würden die Steuer ganz gern bezahlen. Die Entscheidung über Recht und Unrecht bei der ganzen Frage würde weder die Regierung noch ein Akademiker fällen, sondern einzig und allein die öffentliche Meinung. Das fallende Urtheil sei für ihn außer allem Zweifel; es werde auf der Seite der Landwirthe in der Zweiten Kammer sein. Wenn er für das Vereinigungsvootum stimme, so leite ihn dabei die Erwägung, daß er Niemanden die Freude des Scheiterns der Vorlage machen und wenigstens eine zu hohe Belastung der unteren Kreise vermeiden, sowie die Erhaltung der Schuldnotationen erreichen wolle.“

Und der Abg. Rittergutsbesitzer André, der Vorsitzende des „Bundes der Landwirthe“, sagte, daß er die gegenwärtige Situation seit Jahren befürchtet habe, jedoch bitte, immer daran zu denken, daß die in der Zweiten Kammer sitzenden Landwirthe für die Be-

steuerung des landwirtschaftlichen Betriebsvermögens eingetreten sind. Er begreife es nicht, daß die erste Kammer aus Prinzip gegen die Vorlage eingetreten sei. Er befürchte, daß die Prinzipienreiterei der Ersten Kammer schlechte Früchte tragen wird; die Folgen möge die Erste Kammer auf sich nehmen.

Es ist soweit die erfreuliche Thatsache zu konstatiren, daß nur ein einziger Abgeordneter der Zweiten Kammer mit der Tendenz des angeführten Paragraphen einverstanden war. Von sämtlichen Abgeordneten sonst wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Ausnahmebestimmung des § 16 gegen den Willen der landwirtschaftlichen Deputationsmitglieder der Zweiten Kammer von der anderen Kammer her in das Gesetz eingefügt und damit ohne Noth ein höchst erbitterndes und beunruhigendes Moment in die Erörterungen hineingezogen worden sei. Denn daß der Ausnahmeparagraph in allen nicht agrarischen Kreisen böses Blut machen muß, andererseits aber auch nicht einmal auf die Zustimmung der billig denkenden Landwirthe zu rechnen hat, liegt auf der Hand.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Wie die „Königliche Zeitung“ aus Kiel meldet, wird die Jacht „Hohenzollern“ mit dem Kaiser an Bord am 4. August nach Keval abgehen. Der Kreuzer „Nymphe“ und zwei Torpedoboote begleiten die Jacht. Der Kaiser erwidert hiermit den Besuch, den Kaiser Nikolaus im September v. J. in den Gewässern von Danzig gemacht hat. Soweit bisher bekannt, wird sich auch diese Begegnung ausschließlich auf dem Wasser vollziehen, wobei der Kaiser russischen Flottenmandern beizubohnen wird. Ein Besuch des Kaisers an Land ist nicht in Aussicht genommen.

— Zum „preussisch-sächsischen Eisenbahnkrieg“ wird mitgetheilt, daß seitens der preussischen Eisenbahnverwaltung der sächsischen Staatsbahnverwaltung das Anerbieten gemacht worden ist, das Abkommen von 1885, auf Grund dessen jetzt die Leitung des Güterverkehrs auf den konkurirenden preussischen und sächsischen Staatsbahnlinien erfolgt, nach der Richtung abzuändern, daß fortan dieser Verkehr über die kürzesten Linien geleitet werde. Die sächsische Staatsbahnverwaltung hat indessen die Aenderung dieses Abkommens abgelehnt mit der Bemerkung, daß aus demselben nirgends Unzuträglichkeiten erwachsen seien.

— Die in Eisenach tagende Konferenz sämtlicher evangelischer Kirchenregierungen Deutschlands beschloß die Herbeiführung eines äußeren Zusammenschlusses sämtlicher deutscher Landeskirchen auf den Gebieten gemeinschaftlicher Kirchenangelegenheiten.

— Oesterreich-Ungarn. Die am Freitag im österreichischen Unterhause vom Ministerpräsidenten von Körber abgegebene Erklärung über die Unterhandlungen wegen des österreichisch-ungarischen Ausgleiches zeigen, daß die Angelegenheit eine kritische Zuspitzung erfahren hat. Der Minister verhehlte keine Besorgnis über den Ausgang nicht und charakterisirte, ohne im Einzelnen auf die Streitpunkte einzugehen, den Stand der Dinge deutlich genug mit den Worten, daß die Regierung bis an die äußerste Grenze des möglichen Entgegenkommens gehen wolle, um eine Gemeinschaft in Freundschaft aufrecht zu erhalten, daß sie jedoch die Hand zu einer Gemeinschaft nicht biete, die Oesterreich zu keiner Ruhe kommen lasse. Die Schwierigkeiten berühren nach den Anbeutungen des Ministers einige Unklarheiten des bisherigen Zustandes, die zur Folge hatten, daß österreichische Erzeugnisse in Ungarn einer von Oesterreich für vertragswidrig gehaltenen Behandlung unterlagen, sowie gewisse Tariffragen.

— Rußland. In Warschau soll man einer anarchistischen Verschwörung auf die Spur gekommen sein. Bei den verhafteten Personen, unter denen sich 5 Studenten der Medizin, 2 Chemiker und 13 Offiziere befinden, wurden 40 Dynamitpatronen entdeckt. 26 Schüler des Gymnasiums sind unter dem Verdacht staatsgefährlicher Umtriebe verhaftet worden.

— Frankreich. Daß die Ruflandsfahrt des Präsidenten Loubet kein greifbares Ergebnis gezeitigt hat, will den Franzosen nicht in den Sinn. So konstruiren sie sich denn ein solches, und zwar in Anlehnung an die allerdings ungewöhnlich herzlichen Ansprachen, welche Herr Loubet an den greisen König von Dänemark richtete. Wie aus Paris gemeldet wird, gilt dort der formelle Beitritt Dänemarks zum Zweibunde als ausgemacht. Auch in Petersburg ist man dieser Ansicht. Vor nicht langer Zeit hieß es, Spanien werde sich dem Zweibunde anschließen. Damit war es nichts. Nun ist ja die Wahrscheinlichkeit des Beitritts Dänemarks größer, in der Wirkung würde es aber ungefähr auf dasselbe hinauskommen, denn auch die staatliche Bedeutung des nordischen Königreichs ist gering. Die regierenden Häuser in Kopenhagen und Petersburg sind bekanntlich durch Verwandtschaft verbunden; zwischen Dänemark und Frankreich hat sich neuerdings eine gewisse handelspolitische Allianz

herausgebildet insofern, als dänische und französische Rheederien zum gemeinsamen Betrieb der Ozeanischiffahrt — zunächst nach Ostasien — sich vereinigt haben. Es wäre also nicht unmöglich, daß Dänemark, zumal es gar bald um seine koloniale Herrlichkeit geschehen sein wird, die Anlehnung an den Zweibund in aller Form zu vollziehen geneigt ist. Die politische Konstellation in Europa würde dadurch in keinem Betracht wesentlich geändert.

— Holland. Die Königin verließ am Sonnabend zum ersten Mal Schloß Leo und hielt sich einige Zeit im Park auf.  
— Südafrika. Pretoria, 31. Mai. Steijn ist leidend, er hat eine Lähmung erlitten und an der Konferenz in Vereeniging nicht theilgenommen, sondern ist nach Krügersdorp gereist.

### Locale und sächsische Nachrichten.

— Leipzig, 31. Mai. Der Chefredakteur des „Leipziger General-Anzeigers“, Arthur Pleißner, welcher wegen Majestätsbeleidigung vor 4 Tagen in Untersuchungshaft genommen wurde, ist soeben gegen eine Kaution von 5000 Mark aus der Haft entlassen worden.

— Leipzig. Einen Prozeß um mehr als 1/2 Mill. M. hat die hiesige Universität gewonnen. Hofrath Dr. Theodor Puschmann in Wien hatte, nachdem er in Leipzig seine Studien beendet hatte, sich verheirathet und dabei ein wechselseitiges Testament in Uebereinstimmung mit seiner Gattin gemacht, wonach das nachzulassende Vermögen nach dem Tode des überlebenden Gatten der Universität Leipzig zufallen sollte. Seine Frau starb nach ihm, im Juli vorigen Jahres. Nun aber suchten die Anverwandten des Erblassers das Testament an und klagten bei seinem Wiener Gerichten auf Herausgabe der Erbschaft. Das Urtheil ist nun ergangen: Die Verwandten sind mit ihren Ansprüchen abgewiesen worden, und die Universität Leipzig erhält das hinterlassene Vermögen, das 621 000 Mark beträgt. Prof. Dr. Puschmann, der früher in Leipzig als Dozent wirkte und nach seinem Weggange von hier lange Zeit hindurch der angesehenste Vertreter der Geschichte der Medizin war, hat in dem nun rechtskräftig gewordenen Testament die Bestimmung getroffen, daß das Erträgniß des Vermögens „zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten auf dem Gebiete der Geschichte der Medizin“ verwendet werden soll.

— Zittau, 29. Mai. Gegen den Leutnant Walter Kose vom Infanterie-Regiment Nr. 102, der wegen der bekannten Zittauer Säbelaffäre vom Kriegsgericht der 23. Division zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt wurde und dann seine Strafe nach dem abschlägig beschiedenen Beggnadigungsgesuche auf der Festung Königstein verbüßte, hat der kürzlich zusammengesetzte Ehrengerichtshof entschieden, daß dieser nicht mehr würdig sei, noch länger dem Offiziersstande anzugehören. Die Folge dieses Beschlusses war, daß man ihn von Königstein nach Zwickau brachte, um dort den Rest seiner Strafe — es sollen nur noch wenige Tage gewesen sein — zu verbüßen. Im Anschluß hieran sei noch erwähnt, daß der Agent Richard Häbler in Zittau, der wegen seines Rencontres mit Kose aus der Schützengesellschaft dableibt ausgeschlossen worden ist und gegen diesen Beschluß Klage eingereicht hat, mit derselben in Zauken abgewiesen worden ist, da für diesen Streitfall die Entscheidung im Wege des Verwaltungsgerichtsverfahrens herbeizuführen ist. Ob das nun geschehen wird, bleibt abzuwarten. Ferner hatte der Leutnant Kose wegen der ihm von Häbler in einem Kaffeehause zugefügten thätlichen Beleidigung, die bekanntlich die Veranlassung zu der Säbelaffäre war, doch noch Strafantrag gestellt, der aber einen Tag zu spät bei Gericht eingegangen sein soll, sodaß Häbler vermutlich ohne Bestrafung davonkommen wird.

— Hohenstein-Ernstthal, 29. Mai. Ueber das plötzliche Verschwinden des Strumpfwirfers Pegold nebst seinem fünfjährigen Töchterchen kann das „Hohenst.-Ernstth. Tagebl.“ noch berichten, daß alle Bemühungen der unglücklichen Frau, über Gatten und Kind etwas zu erfahren, bis jetzt erfolglos gewesen sind, trotzdem nichts unversucht gelassen und an mehrere größere Städte telegraphisch berichtet wurde. Daß übrigens Pegold die Abreise schon längst geplant hatte, ersieht man daraus, daß er von seinem erperten Gelde schon vor einigen Wochen eine größere Summe erhoben hat. Man glaubt, daß er nach Amerika gegangen ist, wo er einen aus Wältenbrand stammenden Freund hat.

— Auerbach, 31. Mai. Die sogenannte Dzendische Legatangelegenheit, welche hier in letzter Zeit viel von sich reden machte, ist durch eine von Herrn Bürgermeister Achilles ausgearbeitete Denkschrift veröffentlicht worden. Zu dem Legat der Schützengesellschaft wird bekannt, daß der am 31. April 1881 verstorbene Vermessungs-Ingenieur Karl Wilhelm Dzendt der Schützengesellschaft hier ein Legat von 300 Mark zur Erbauung eines Schützenhauses ausgesetzt hat mit der Bestimmung, daß das Schützenhaus binnen 5 Jahren gebaut wird, welche Bedingung auch erfüllt wurde. Das Legat ist aber nach Auftragen der Gesellschaft noch nicht ausbezahlt, obwohl von dieser die Erbschafts-